

VERTRAULICH
bis zur Feststellung des
schriftlichen Ergebnisses der
letzten nicht öffentlichen
Ausschusssitzung durch
die/den Vorsitzende/n!

Stadt Heidelberg
Dezernat III, Amt für Soziales und Senioren

Anlaufstelle für EinEltern-Familien

Beschlussvorlage

Beschlusslauf
Die Beratungsergebnisse der einzelnen
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 28. Dezember 2007

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Zustimmung zur Beschlussempfehlung	Handzeichen
Sozialausschuss	04.12.2007	N	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ohne	
Gemeinderat	20.12.2007	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Sozialausschuss und Gemeinderat beschließen, die weitere Bearbeitung des Themas „Beratungsstelle für EinEltern-Familien“ dem „Bündnis für Familien“ zu übertragen.

Sitzung des Sozialausschusses vom 04.12.2007

Ergebnis der nicht öffentlichen Sitzung des Sozialausschusses vom 05.12.2007

1.1 nö **Anlaufstelle für EinEltern-Familien** Beschlussvorlage 0368/2007/BV

Es melden sich zu Wort:

Stadtrat Cofie-Nunoo, Stadträtin Beck, Stadtrat Prof. Dr. Sonntag, Frau Farrenkopf (DW)

Frau Farrenkopf vom Diakonischen Werk erklärte, dass die im Rahmen des Heidelberger Bündnisses für Familien eingerichtete Arbeitsgruppe „Chancengleichheit“ bereits damit begonnen habe, ein Handlungs- und Aufgabenprofil für eine Anlaufstelle für EinEltern-Familien zu erarbeiten. Die Frage der Finanzierung könne von dieser Arbeitsgruppe allerdings nicht beantwortet werden.

Nach eingehender Diskussion stellte Bürgermeister Dr. Gerner folgenden **ergänzten Beschlussvorschlag der Verwaltung** zur Abstimmung:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, die weitere Bearbeitung des Themas „Beratungsstelle für EinEltern-Familien“ dem „Bündnis für Familien“ zu übertragen.

Es wird angestrebt, konzeptionelle Ergebnisse im 1. Halbjahr 2008 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: 10 : 0 : 1

gez.

Dr. Joachim Gerner
Bürgermeister

Ergebnis: Zustimmung zur Beschlussempfehlung mit Ergänzung

Sitzung des Gemeinderates vom 20.12.2007

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 20.12.2007:

- 40.1 **Anlaufstelle für EinEltern-Familien**
Beschlussvorlage 0368/2007/BV

Oberbürgermeister Dr. Würzner stellt den im Sozialausschuss ergänzten Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Beschluss des Gemeinderates:

Der Gemeinderat überträgt die weitere Bearbeitung des Themas „Beratungsstelle für EinEltern-Familien“ dem „Bündnis für Familien“.

Es wird angestrebt, konzeptionelle Ergebnisse im 1. Halbjahr 2008 vorzulegen.

gez.
Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: einstimmig beschlossen

I. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
SOZ 1	+	Armut bekämpfen, Ausgrenzung verhindern
SOZ 2	+	Diskriminierung und Gewalt vorbeugen
		Begründung: Durch das Einrichten einer Anlaufstelle für EinEltern-Familien können deren spezifische Probleme besser erfasst und zielgerichteter interveniert werden. Mit der Umsetzung der gemachten Erfahrung können mittelfristig Ausgrenzung und Diskriminierung reduziert bzw. verhindert werden.
SOZ 6	+	Interessen von Kindern und Jugendlichen stärker berücksichtigen
		Begründung: Durch die Konzentration auf eine Beratungsstelle können die Interessen/ Bedarfe und Bedürfnisse von EinEltern-Familien besser eruiert und entsprechende Schritte eingeleitet werden.
DW 1	+	Familienfreundlichkeit fördern
DW 4	+	Integration und interkulturelle Handlungsansätze fördern
		Begründung: EinEltern-Familien nehmen ständig zu. Insofern ist es im Sinne einer zukunftsfähigen Gesellschaft wichtig, Maßnahmen einzuleiten, die das Leben und die Teilhabe in der Gemeinschaft sowohl unter sozialen als auch wirtschaftlichen Aspekten fördern und ermöglichen.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine



II. Begründung:

Antrag der GAL : Anlaufstelle für EinEltern-Familien

Die Verwaltung möge prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, eine zentrale Anlauf- und Beratungsstelle für Alleinerziehende zu schaffen; z.B. ist es kurzfristig machbar und sinnvoll, die fachlichen und personellen Ressourcen der IAV-Stelle, derzeit angesiedelt bei Amt 50, fachlich und inhaltlich so zu ertüchtigen (Mitwirkung Amt 51) dass zusätzliche qualifizierte Beratung, Weitervermittlung und Netzwerkangebote auch für die Gruppe der Alleinerziehenden entstehen können?

Welche Möglichkeit besteht, ein dezentrales Beratungsangebot an bestimmten Wochentagen z.B. im Bürgeramt Mitte anzusiedeln?

Hintergründe:

I.

Amt 50 hat 2003 einen Bericht zur Situation Alleinerziehender in Heidelberg gefertigt. Dies geschah vor dem Hintergrund, dass ca. 430 Alleinerziehende zu diesem Zeitpunkt Hilfe zum Lebensunterhalt im Rahmen des BSHG erhielten. Auf die Drucksache 476/2003 wird hingewiesen.

Im Ergebnis wurde damals festgestellt, dass kein spezifischer Handlungsbedarf bestehe. Seitens der Verwaltung wurde zugesagt eine Handreichung für die Bürgerämter und Anlaufstellen der Stadt zu erarbeiten, um die Beratung zu optimieren. Diese Handreichung, in der sich alle vorhandenen Angebote finden, wurde zeitnah erstellt und verteilt.

Durch die Einführung des SGB II ging die Alimentierung von EinEltern-Familien nahezu vollständig auf die ARGE „Jobcenter“ über mit der Folge, dass das Amt für Soziales und Senioren keinen unmittelbaren Kontakt mit den Betroffenen mehr hat.

II.

Laut Angaben des Verbandes alleinerziehender Mütter und Väter stellt sich die Situation 2007 wie folgt dar:

- In Deutschland leben ca. 3,24 Mio Alleinerziehende.
- Etwa 25% aller Familien mit Kindern sind EinEltern-Familien. In dieser Zahl sind auch Alleinerziehende enthalten, die in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft leben.
- Betrachtet man nur Alleinerziehende ohne PartnerIn, so ist jeder 6. Familienhaushalt mit Kindern unter 18 Jahren in den alten und jeder 5. Haushalt in den neuen Bundesländern eine EinEltern-Familie.
- Der Anteil alleinerziehender Mütter liegt bundesweit bei über 80%.
- In Deutschland erhalten derzeit rund 640.000 Alleinerziehende mit einem oder mehreren Kindern Leistungen des SGB II (Arbeitslosengeld II).

In Heidelberg gibt es rund 58.000 Haushalte ohne Kinder, das entspricht mehr als 80% aller Haushalte.

Bei ca. 12.900 Haushalten mit Kindern sind etwa 4000 Haushalte von Alleinerziehenden. Das entspricht ca. 5% der Gesamthaushalte.

Etwa ein Drittel aller Heidelberger Haushalte mit Kindern sind Ein-Eltern-Familien.

Ca. 15% aller Bedarfsgemeinschaften des SGB II in Heidelberg sind Alleinerziehende (652), die knapp 1000 Kinder unter 18 Jahren versorgen.

Die Anzahl an EinEltern-Familien wächst ständig und bedarf häufig auf Grund komplexer Problemlagen einer besonderen und ganzheitlichen Förderung.

Die drängendsten Themen sind:

- Komplexe Unterstützungs- und Förderbedarfe bei der Vermittlung in flexible und familiengerechte Arbeitsmodelle.
- Hilfe bei der Sicherstellung eines ausreichenden Einkommens. (Unterhaltsansprüche, Erwerbstätigkeit, Qualifizierung, Ansprüche an Dritte..)
- Bedarfsgerechte Kinder- und Kindertagesbetreuung.
- Beratungs-, Austausch- und Anlaufstellen in allen Problemlagen.
- Unterstützung bei der Regelung des Alltags.

- EinEltern- Familien sind sehr heterogen, d.h. ihre Bedürfnisse und Zielsetzungen in der Lebensplanung sind sehr unterschiedlich und korrelieren stark mit dem persönlichen und familiären Hintergrund.
Exemplarisch seien einige Handlungsfelder aufgezeigt:
 - Kleinstkinder-, Kinder- und Schülerbetreuung für den Nachwuchs
 - Berufliche Qualifizierungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten inklusive der Möglichkeit Schulabschlüsse nachzuholen.
 - Vermittlung in adäquate und familienfreundliche Arbeit.
 - Unterstützung und zur-Verfügung-Stellen von adäquatem Wohnraum bzw. Hilfe bei Ansprüchen gegenüber Dritten bei (Wohn)-Eigentum.
 - Regeln und Aufarbeiten partnerschaftlicher Probleme in der Herkunftsfamilie und ggfs. in der neuen „Patchwork“-Familie. (Mediation, Therapie, Gesprächsangebote, Selbsthilfegruppen..)
 - Unterstützung und Beratung beim Einfordern von Unterhaltsansprüchen, sowie finanzieller Unterstützungsmöglichkeiten und beim Festlegen von Umgangsregelungen bzw. bei der Ausübung eines gemeinsamen Sorgerechtes.
 - Hilfe und Beratung bei Erziehungsproblematiken.

Anbindung einer Anlaufstelle an die IAV-Stelle:

Die Anregung, eine Anlaufstelle für EinEltern-Familien bei der IAV-Stelle, die schwerpunktmäßig in allen Fragen der ambulanten, teilstationären und stationären Pflege und Versorgung berät, anzusiedeln, ist unter den bestehenden Rahmenbedingungen nicht realisierbar:

- Die IAV-Stelle ist mit 2 Kräften besetzt und inhaltlich ausgelastet. Darüber hinaus verfügen die Mitarbeiterin und der Mitarbeiter nicht über die Qualifikation und Kompetenz, um eine derart umfassende Lebensberatung anzubieten. Die beiden Verwaltungsfachkräfte sind im mittleren Dienst angesiedelt.
Die Stelle müsste die vergleichbare Qualität einer Ehe-Familien- und Lebensberatung haben und mit entsprechendem Fachpersonal besetzt sein (Psychologe/in, Sozialarbeiter/in, Pädagoge/in mit langjähriger Berufserfahrung..)
- Eine ergänzende Schulung durch das Kinder- und Jugendamt wäre nicht ausreichend, weil auch die Kompetenz des Jugendamtes nicht die ganze Komplexität der Lebenssituation Alleinerziehender abdeckt.
- Ungeachtet dessen würde die Anbindung an die IAV-Stelle, die sich im Seniorenzentrum Weststadt befindet, die Niedrigschwelligkeit des Angebots in Frage stellen. Wer möchte schon bei spezifischen Fragen Alleinerziehender in ein Seniorenzentrum gehen?

Daneben wäre der institutionelle Nachrang gegenüber der freien Wohlfahrtspflege zu beachten. (vgl. § 75 SGB XII)

Vorschlag zum weiteren Vorgehen:

Die vorliegende Anfrage ist nach unserer Kenntnis auf die Ergebnisse der „open-space-Konferenz 2007“ der Diakonie zu diesem Thema zurückzuführen.

Dort wurde eine Anlaufstelle für EinEltern-Familien als sehr zentraler Wunsch gepunktet.

Die damals anwesenden Vertreterinnen des Gemeinderats hatten sich bereit erklärt, das Thema in die kommunalpolitische Diskussion einzubringen.

Im Stadtblatt vom 19.09.07 kündigte das „Bündnis für Familie in Heidelberg“ in der Berichterstattung über die ersten 100 Tage des Bestehens eine Imagekampagne und die Einrichtung einer Anlaufstelle für EinEltern-Familien an.

Das Bündnis für Familie entstand auf Initiative des Bundesfamilienministeriums im Januar 2004 mit dem Ziel auf lokaler Ebene konkrete Verbesserungen für Familien anzuregen und umzusetzen.

Das Implementieren eines „Bündnis für Familien in Heidelberg“ wurde Ende 2006 vom Gemeinderat verabschiedet und nach verwaltungsinternen Absprachen bei den Heidelberger Diensten verortet. Mitglieder sind Institutionen, Vertreterinnen und Vertreter der freien Wohlfahrtspflege, der Wirtschaft, der Politik und Wissenschaft.

Die im Rahmen des Heidelberger Bündnisses eingerichtete Arbeitsgruppe „Chancengleichheit“ beabsichtigt ein Handlungs- und Aufgabenprofil für eine Anlaufstelle für EinEltern-Familien zu erarbeiten.

Die folgenden Fragestellungen sollten in dem Zusammenhang beachtet werden:

- Braucht Heidelberg eine spezielle Anlaufstelle für Ein-Eltern-Familien?
 - Wenn ja:
 - In welchem Umfang ist sie nötig?
 - Wer könnte möglicher Träger sein?
 - Wo sollte sie räumlich angesiedelt werden (zentrales oder dezentrales Angebot? Nach Rücksprache mit Amt 15 könnte ein dezentrales Beratungsangebot ggfs. 1x wö oder 1x mtl. in den Bürgerämtern installiert werden, die einen separaten Raum zur Verfügung haben (z.B. Handschuhsheim, Ziegelhausen, Altstadt..), Näheres müsste jeweils ausgehandelt werden).
 - Könnte die Stelle im Rahmen der Hilfe zur Selbsthilfe mit arbeitslosen Alleinerziehenden besetzt werden?
 - Wie soll eine solche Stelle finanziert werden? (ggfs. Eingliederungsmittel im Rahmen des SGB II)

Die Verwaltung empfiehlt, die weitere Bearbeitung des Themas „Beratungsstelle für EinEltern-Familien dem „Bündnis für Familien“ zu übertragen.

gez.

Dr. Joachim Gerner